

Ortsverband Worms-Wonnegau

Eine starke Solidargemeinschaft

Auf der Hauptversammlung am 20. März zeigte der Ortsverband Worms-Wonnegau seine Stärken und wählte auch den Vorstand neu. Heiner Boegler, 1. Vorsitzender, berichtete über Aktivitäten, Sozialberatung und die gute Mitgliederentwicklung. Mitglieder und Gäste betonten das Engagement gegen soziale Ungerechtigkeit.

Der Wormser Oberbürgermeister Michael Kissel (SPD) nannte den SoVD einen wichtigen Partner im sozialen Stadtgefüge. Als Vorsitzender des Seniorenbeirates bringe sich Heiner Boegler kraftvoll in Diskussionen ein. Dass es bald einen Behindertenbeauftragten geben werde, sei auf seine Initiative zurückzuführen.

Der Ortsvorsitzende wies auf Aktivitäten hin, etwa die Beteiligung an Gedenktagen oder am Rheinland-Pfalz-Tag: Der SoVD hatte dort Unterschriften gegen den Sozialabbau gesammelt und das Memorandum „Mitgestalten und mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“ an den Stadtvorstand geleitet, der es einstimmig unterzeichnete. Boegler unterstrich den SoVD-Leitgedanken, sich für alle Altersgruppen einzusetzen und bei Missständen Position zu beziehen. „Der Einsatz und die bisher erzielten Erfolge waren allerdings nur mit einem guten Team möglich“, betonte er. Aus der Sozialberatung wurde berichtet, dass 48 Voll- oder Teilerfolge bei 102 Eingaben erzielt werden konnten.

Beeindruckt vom Engagement des SoVD war u.a. Adolf Kessel, MdL (CDU). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Hagemann dagegen wies auch auf die immensen Staatsschulden hin. Eine Rentenerhöhung werde es 2010 nicht geben. Gelder für Maßnahmen in der Jugendbildung seien leider gesperrt. Im Kampf gegen Kinderarmut müsse die Hilfe den Kindern direkt zugutekommen; er räumte Fehler bei Hartz IV ein.



V.li.: Dieter Trapp, Gunter Konrad, Josef Stutz, Bernhard Trojan, Heiner Boegler, Ingeborg Grünewald-Trojan, Ingrid Wuttke, Walter Roßner, Heide Stutz.

Zudem prangerte er den Missbrauch von Leiharbeit zum Lohndumping an. Für zusätzliche Staatseinnahmen müssten Steuerhinterzieher gepackt und die Verursacher der Krise zur Verantwortung gezogen werden.

„Es ist zu wenig Arbeit da“, sagte Reiner Schalk von der Arbeitsloseninitiative, und weiter: „Gut, dass die SPD Hartz IV wieder auf den Prüfstand stellt.“ Hartz-IV-Widersprüche seien oft auf Falschberechnung zurückzuführen. Auch Schalk geißelte die Leiharbeit: Es sei Ausbeutung, wenn jemand bei einer 40- bis 44-Stunden-Woche so wenig verdiene, dass er staatliche Aufstockung brauche.

Der AWO-Kreisvorsitzende, Timo

Horst, betonte die gemeinsamen Ziele mit dem SoVD. Auch der Wormser DGB-Vorsitzende, Wolfgang Mayer, kündigte enge Zusammenarbeit im Kampf gegen die Gesundheitsreform an. „Gemeinsam sind wir stark! Wenn wir uns zu einer Solidargemeinschaft zusammenschließen, können wir vieles bewegen“, fasste Boegler zusammen.

Im neu gewählten Vorstand sind: Heiner Boegler (1. Vorsitzender), Josef Stutz (2. Vorsitzender), Dieter Trapp (Schatzmeister), Ingrid Wuttke (Schriftführerin und Frauensprecherin), Ingeborg Grünewald-Trojan, Walter Roßner und Gunter Konrad (Beisitzer) sowie Heide Stutz und Bernhard Trojan (Revisoren).

SoVD-Landesverband übergab Gutachten zur Inklusion

Gespräch mit dem Bildungsminister

Eine Delegation des SoVD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland war zum Gespräch im saarländischen Ministerium für Bildung eingeladen. Dabei ging es vor allem um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in konkrete Landespolitik. Der SoVD bot Minister Klaus Kessler inhaltliche Mitarbeit an.

Die UN-Konvention für die Belange behinderter Menschen ist bereits seit März 2009 in ganz Deutschland rechtsverbindlich. Der Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention sagt eindeutig, dass das Bildungssystem

ben und um einen Termin gebeten, in dem ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Eibe Riedel übergeben und erläutert werden sollte. Das Gutachten war auch vom Bundesverband in Auftrag gegeben worden.

Der saarländische Bildungsminister, Klaus Kessler (Bündnis 90/Die Grünen), bot sehr schnell einen Termin an. Am 8. März empfing er eine Delegation des SoVD-Landesverbandes in seinem Ministerium. Der Delegation gehörten der SoVD-Landesvorsitzende Richard Dörzapf, seine Stellvertreterin Karin Kerth, der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des Landesverbandes, Heiner Boegler, und Peter Welsch, Mitglied des Bezirksverbandes Saar-Hochwald, an.

Das Gespräch fand in sehr angenehmer Atmosphäre statt und Kessler hatte vier seiner Referenten dazu mitgebracht. Auch das zeigte, welche Bedeutung er diesem Gedanken- und Meinungsaustausch beimaß.

Kessler stellte klar, dass die saarländische Koalitionsvereinbarung

der UN-Konvention Rechnung trage, dass aber auch eine Abstimmung mit den anderen Bundesländern erfolge und die Finanzlage der öffentlichen Haushalte zu beachten sei. Die Vertreter der SoVD ihrerseits machten deutlich: Der Verband lege in erster Linie Wert darauf, dass die UN-Konvention politisch umgesetzt werde – dass also der Rechtsanspruch, den behinderte Menschen durch die Konvention bekommen haben und den auch das Gutachten bestätigt hat, in die politischen Entscheidungen einfließen müsse.

Beide Seiten waren sich bewusst, dass über die Umsetzung des Artikels 24 noch viel gesprochen werden müsse. Kessler berichtete, es seien schon verschiedene Arbeitsgruppen hierzu gebildet worden. Daraufhin bot die SoVD-Delegation an, in den Arbeitsgruppen mitzuarbeiten, bei denen es um Grundsatzfragen gehe. Das Angebot nahm Kessler an: Er sagte zu, dass der SoVD-Landesverband auf diese Weise künftig an der Umsetzungs politik beteiligt werde.



Klaus Kessler

in Deutschland von Integration auf Inklusion umgesteuert werden soll. Auf Anregung des SoVD-Bundesverbandes hatte der 1. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland, Richard Dörzapf, beide Landesministerien angeschrie-

Kolumne

Das Rentenbezugsmitteilungsverfahren zeigt Wirkung!

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit Oktober des vergangenen Jahres läuft das sogenannte Rentenbezugsmitteilungsverfahren. Die gesetzliche Rentenversicherung und die private Rentenversicherung müssen dem Bundeszentralamt für Steuern eine Mitteilung über jeden Rentenbezug machen. Beim Bundeszentralamt laufen die Rentenbezugsmitteilungen zusammen, sodass sich die Finanzämter seither einen Überblick über alle laufenden Bezüge bei Rentnerinnen und Rentnern verschaffen können.

Die Auswertung einer ersten Stichprobe ergab nun: Knapp eine Million Rentnerinnen und Rentner können auf Steuerrückerstattungen vom Finanzamt hoffen, weil viele von ihnen die Steuererklärung offenbar falsch ausgefüllt und deshalb zu viel Steuern bezahlt haben. Im Schnitt soll diese Rückerstattung 250 Euro betragen.



Rund 2,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner müssen allerdings mit Nachforderungen rechnen, weil sie Betriebsrenten oder andere steuerpflichtige Einkünfte beziehen, was erst durch das Rentenbezugsmitteilungsverfahren ans Licht gekommen ist.

Steuerehrlichkeit ist also sinnvoll und kann sich auch lohnen.

**Mit freundlichen Grüßen
 Richard Dörzapf
 1. Landesvorsitzender**

Rheinland-pfälzisches Sozialministerium

Landespreis für die Beschäftigung Behinderter

Auch in diesem Jahr zeichnet Malu Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, wieder Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus, die in vorbildlicher Weise schwerbehinderte Menschen beschäftigen. Drei der Landespreise des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums werden an Klein-, Mittel- und Großbetriebe der Privatwirtschaft verliehen, die ihren Haupt- oder Nebensitz im Rheinland-Pfalz haben. Der vierte Preis ist für Dienststellen des öffentlichen Dienstes mit Sitz in Rheinland-Pfalz vorgesehen. Darüber hinaus kann außerdem ein Sonderpreis an ein Unternehmen oder an eine Dienststelle vergeben werden, das oder die durch besonders innovative Projekte zur Integration behinderter Menschen beiträgt.

Der Landespreis des Sozialministeriums ist mit jeweils 3000 Euro dotiert. Die Auswahl der Preimiener trifft eine Jury, in der der Sachverstand von Arbeitgebern, Gewerkschaften, Verbänden behinderter Menschen und auch der Bundesagentur für Arbeit vertreten. Im Rahmen einer Festveranstaltung erhalten die Preisträgerinnen und Preisträger eine Urkunde mit Tafel und Plakette.



Bewerbungen sind bis zum 30. Juni möglich. Die Unterlagen können im Internet heruntergeladen werden: www.lsjv.rlp.de/arbeits-und-qualifizierung/integrationsamt. Weitere Fragen klärt Alexandra Großkettler, Tel.: 06131/96 71 66, E-Mail: grossekettler.alexandra@lsjv.rlp.de.

Außerordentliche Neuwahlen

Der Kreisverband Kaiserslautern führte am 20. März außerordentliche Neuwahlen durch. Für den Landesverband nahm der 2. Landesvorsitzende, Jürgen Remmet, teil. Einstimmig gewählt wurden:

- Manfred Schneider, Kaiserslautern (1. Vorsitzender)
- Gunter Hertzler, Weilerbach (2. Vorsitzender)
- Monika Mattler, Otterberg (Schatzmeisterin)
- Elke Höhn, Schallodenbach (Frauensprecherin)
- Birgit Schneider, Kaiserslautern (Schriftführerin)
- Heidemarie Wichert, Ilse Weingärtner und Gerhard Höhn, alle Kaiserslautern (Revisoren/-innen)
- Karl-Peter Steinkopf und Matthias Schulz, beide Kaiserslautern (Beisitzer).